

PRESSEINFORMATION

Medizin | Urologie | Berufspolitik

Fachärzte arbeiten mehr als sie sollen

Berufsverband der Urologen wehrt sich gegen unredliche Vorwürfe

Düsseldorf. Deutschlands Urologen wehren sich gegen die aktuelle Kampagne, die gegen die Fachärzteschaft gefahren wird und in der Behauptung gipfelt, Fachärzte arbeiteten zu wenig. Auch der Vorwurf, insbesondere Kassenpatienten angeblich lange Wartezeiten zuzumuten, sei unredlich, da er die gesetzlich vorgegebenen Ursachen vollständig ausblende. „Staatlich verordnete Budgetierung bedeutet weniger Leistungen, weniger Versorgung, mehr Wartezeiten“, konstatiert Dr. Axel Schroeder, Präsident des Berufsverbandes der Deutschen Urologen e.V. (BDU). Patientenaufkommen und Morbidität sorgten dafür, dass Quartalsbudgets heute meistens schon nach zwei Monaten aufgebraucht seien, so dass eigentlich keine Leistungen mehr erbracht werden könnten. „Aus Verantwortung und Pflichtbewusstsein unseren Patienten gegenüber arbeiten wir Ärzte dennoch weiter“, so Dr. Schroeder.

Besonders die von Deutschlands größter Krankenversicherung AOK vorgebrachte Argumentation, lange Wartezeiten von Kassenpatienten auf Arzttermine und in Sprechstunden seien häufig durch die Ärzte verschuldet, da sie zu wenig arbeiteten und zugleich zu viel Zeit ihren Privatpatienten widmeten, weist der BDU-Präsident entschieden zurück. „Die AOK macht uns den Vorwurf, nicht die vereinbarten 51 Wochenstunden zu arbeiten, sondern nur 39. Verschwiegen wird jedoch, dass der Bundesmantelvertrag-Ärzte als Regelwerk für die vertragsärztliche Versorgung lediglich eine Mindest-Sprechstundenzeit für Kassenpatienten von 20 Stunden pro Woche vorschreibt. Mit 39 Wochenstunden bieten wir also nahezu das Doppelte an Sprechzeiten für gesetzlich Versicherte an. Fachärzte arbeiten mehr als sie sollen“, stellt Dr. Schroeder klar.

„Wartezeiten entstehen nicht weil Ärzte faul sind und zu wenig arbeiten – sie entstehen, weil unsere Leistungen von Patienten immer öfter nachgefragt werden. Sie entstehen, weil eine glücklicherweise immer älter werdende Bevölkerung einen höheren Behandlungsbedarf hat“, sagt Dr. Richard Berges, Landesvorsitzender des BDU-Nordrhein. Allerdings würden Fachärzte, die nach Ausschöpfung ihres Quartalsbudgets weiter arbeiteten, mit Abstufungen der Vergütung dieser Leistungen bis zu 90 Prozent zur Verantwortung gezogen. Der Gesetzgeber bestehe auf der Einhaltung der Budgetvorgaben - und damit auch auf der Einschränkung von Leistungen für gesetzlich versicherte Patienten, so Dr. Berges. Dessen ungeachtet plane das Bundesgesundheitsministerium eine Art Wartezeit-Paragrafen im neuen Versorgungsstrukturgesetz zur Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), der die Fachärzte zur Verkürzung der aktuellen Wartezeiten zwingen solle.

Zum Vorwurf, sich zu stark um Privatpatienten zu kümmern, weist der Vorsitzende des BDU-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Dr. Holger Uhthoff, darauf hin, dass es vom Gesetzgeber billigend in Kauf genommen werde, die Behandlungsvergütung für gesetzlich versicherte Patienten durch Umsätze aus Behandlungen von Privatpatienten quer zu subventionieren. „Oder glaubt wirklich jemand, ein Urologe könne bei einem Budget von 20 Euro pro Kassenpatient für das gesamte Quartal irgendeine Leistung wenigstens kostendeckend erbringen“, kritisiert Dr. Uhthoff. „Ist dann auch noch das gesamte von der AOK stetig und konsequent gekürzte vorgesehene Budget nach zwei Monaten aufgebraucht, was soll ein Arzt dann tun, will er sich nicht in die Insolvenz arbeiten, sondern auch noch im nächsten Quartal für seine Patienten da sein?“

Der BDU betrachtet die populistische Kampagne um Ärzte, die angeblich zu wenig arbeiten und ihre Patienten zu lange warten lassen, als einen Versuch von Politik, Krankenkassen und Deutscher Krankenhausgesellschaft (DKG) sich im Vorfeld der Ende

September beginnenden Ersten Lesung des neuen GKV-Versorgungsstrukturgesetzes im Bundestag in Position zu bringen. Die Vertragsärzteschaft sieht im Kabinettsentwurf des Gesetzes nicht nur Chancen, sondern auch erhebliche Risiken. Dies gilt besonders für die zunehmende Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante Versorgung. BDU-Präsident Dr. Schroeder warnt indes, dass die unberechtigten und unredlichen Vorwürfe nicht nur Patienten verunsichern und ihr Verhältnis zum Arzt negativ beeinflussen können, sondern auch für weitere Spannungen zwischen Fachärzten einerseits sowie Politik und Krankenkassen andererseits sorgen.

Noch werde das deutsche Gesundheitssystem, eines der besten der Welt, auch durch wesentliche Mehrarbeit niedergelassener Ärzten bei gleichzeitigem Verzicht auf ein entsprechend angemessenes Honorar auf hohem Niveau gehalten, so Dr. Schroeder. Politik und Krankenkassen wären gut beraten, die deutschen Ärzte nicht dazu zu zwingen, sich auf die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestanforderungen zurückzuziehen. Die Folgen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung wären unabsehbar.

Weitere Informationen:

Dr. Axel Schroeder

Haart 87-89

23534 Neumünster

Tel. 04321/922528

Fax 04321/2792

E-Mail: office@bdu-praesident.de

oder

Pressestelle des Berufsverbandes der Deutschen Urologen e.V.

Bettina-C. Wahlers

Sabine M. Glimm

Stremelkamp 17

21149 Hamburg

Tel.: 040 - 79 14 05 60

Mobil: 0170 - 4827287

E-Mail: redaktion@bettina-wahlers.de